



Beschlussvorlage

Amt: Amt für Kinder, Jugend und Familie

TOP: _____

Vorl.Nr.: V/2012/2812

Anlage Nr.: _____

Datum: 08.08.2012

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Jugendhilfeausschuss	30.08.2012	öffentlich

Tagesordnung

Resolution des Jugendhilfeausschusses der Stadt Hennef zur Einführung des Betreuungsgeldes

Beschlussvorschlag

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hennef schließt sich in der Resolution des Landschaftsausschusses des Landschaftsverbandes Rheinland vom 27.06.2012 an und versendet eine eigenständige Resolution an Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel.

Begründung

Mit der Resolution (siehe Anlage) und dem Anschreiben an Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel will der Landschaftsverband Rheinland darauf hinwirken, dass fachpolitische Argumente der Kinder- und Jugendhilfe im Gesetzgebungsverfahren stärker berücksichtigt werden.

Die Bundesregierung wird damit aufgefordert, auf die Einführung eines Betreuungsgeldes zu verzichten und die dafür vorgesehenen Bundesmittel jährlich für den Ausbau der Kinderbetreuung, zur Stärkung der Qualität der Kinderbetreuung sowie verstärkt in die Ausbildung von pädagogischen Fachkräften und Kindertagespflegepersonen zu investieren.

Im Hinblick auf die dringend benötigten Mittel für den Ausbau der „Betreuung der Kinder unter 3 Jahren“ sind weitere finanzielle Förderungen durch Land und Bund an die Kommunen notwendig.

In Vertretung

Stefan Hanraths
Erster Beigeordneter